

# presse

---

## **Schuldenfalle Studienkredite – Regierung schweigt**

Anlässlich der Medienberichte über fällig gestellte Studienkredite der Commerzbank AG mit bis zu 18 Prozent Überziehungszinsen erklärt der zuständige Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Hagemann:

Bankenrettung ja, Verbraucherschutz nein. Nach diesem Motto verfährt die Bundesregierung im Zusammenhang mit den von der Commerzbank AG ausgereichten Studienkrediten, die laut Presseberichten kurzfristig mit hohen Überziehungszinsen fällig gestellt wurden und Absolventen in die Schuldenfalle laufen lassen.

Auf konkrete Fragen im Deutschen Bundestag zur Zahl der Fälle und zu möglichen bankaufsichtsrechtlichen Konsequenzen schweigt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und verweigert die Auskunft. Die Bundesregierung hat damit die Chance vertan, ihren Einfluss als Anteilseignerin geltend zu machen und die Commerzbank zu einer Korrektur dieser Geschäftspraxis zu bewegen.

Eigentum verpflichtet, auch das Bundesfinanzministerium als Miteigentümer der Commerzbank. Studierende und Absolventen müssen bei Studienkrediten verlässliche Konditionen erwarten können.